

Integration unter Ungleichen

Länder- und schichtenspezifische
Einstellungen zur EU und ihren Zielen

Gunther Tichy

Integration unter Ungleichen

Länder- und schichtenspezifische Einstellungen zur EU und ihren Zielen

Gunther Tichy

WIFO Working Papers 610/2020
September 2020

Inhalt

Der Prozess der europäischen Integration ist nach einer Periode erheblicher Erfolge ins Stocken geraten. Nicht nur die Finalität der EU ist umstritten, auch die Einigung auf kleinere Reformen oder einzelne Verordnungen fällt zunehmend schwer. Manches ist auf die Verunsicherung durch die rasche Aufeinanderfolge von exogenen Krisen zu erklären; die neuere Integrationstheorie führt die Probleme jedoch zunehmend auf die Schwierigkeiten einer "integration among unequals" zurück: Die Heterogenität der EU reiche über die Unterschiede in Geographie und Wirtschaftsstruktur im engeren Sinn hinaus; die Mitgliedsländer unterschieden sich durch ihre Wirtschaftsmodelle, durch unterschiedliche Formen des "welfare capitalism", durch unterschiedliche Wachstumstreiber, Sozialpartnerbeziehungen und Formen der Unternehmensführung. Anhand der Umfragen des Eurobarometer lässt sich zeigen, dass die Heterogenität noch weit darüber hinausgeht: Die Bevölkerung der einzelnen Länder hat unterschiedliche Wertehierarchien und Problemsichten, und unterschiedliche Bevölkerungsschichten fühlen sich von Globalisierung und Integration unterschiedlich betroffen. Es zeigt sich nicht nur ein ausgeprägtes Nordwest-Südost-Gefälle, sondern auch ein sozioprofessionelles wie ein soziologisches Gefälle: Die akademisch gebildete Gruppe steht der EU positiv gegenüber, Arbeitslose und Personen mit Finanzproblemen distanzieren sich. Die fortlaufenden Querelen der Regierungen, bis zu bewussten Regelverstößen und Austrittsdrohungen, dürften demzufolge weniger deren Machtpolitik und Profilierungssucht zur Ursache haben als vielmehr die unterschiedlichen Werthaltungen, Probleme und Prioritäten der Bevölkerung.

E-Mail: gunther.tichy@wifo.ac.at

2020/261/W/0

© 2020 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 | Tel. (43 1) 798 26 01-0 | <https://www.wifo.ac.at>
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66406>

Integration unter Ungleichen

Länder- und Schichten-spezifische Einstellungen zur EU und ihren Zielen

Gunther Tichy

Der Prozess der europäischen Integration ist nach einer Periode erheblicher Erfolge ins Stocken geraten. Nicht nur die Finalität der EU ist umstritten, auch die Einigung auf kleinere Reformen oder einzelne Verordnungen fällt zunehmend schwer. Manches ist auf die Verunsicherung durch die rasche Aufeinanderfolge von exogenen Krisen zu erklären; die neuere Integrationstheorie führt die Probleme jedoch zunehmend auf die Schwierigkeiten einer "integration among unequals" zurück: Die Heterogenität der EU reiche über die Unterschiede in Geografie und Wirtschaftsstruktur im engeren Sinn hinaus; die Mitgliedsstaaten unterschieden sich durch ihre Wirtschaftsmodelle, durch unterschiedliche Formen des "welfare capitalism", durch unterschiedliche Wachstumstreiber, Sozialpartner-Beziehungen und Formen der Unternehmensführung. An Hand der Umfragen des Eurobarometer lässt sich zeigen, dass die Heterogenität noch weit darüber hinausgeht: Die Bevölkerung der einzelnen Länder hat unterschiedliche Wertehierarchien und Problemsichten, und unterschiedliche Bevölkerungsschichten fühlen sich von Globalisierung und Integration unterschiedlich betroffen. Es zeigt sich nicht nur ein ausgeprägtes Nordwest-Südost-Gefälle, sondern auch ein sozio-professionelles wie ein soziologisches Gefälle: Die akademisch gebildete Gruppe steht der EU positiv gegenüber, Arbeitslose und Personen mit Finanzproblemen distanzieren sich. Die fortlaufenden Querelen der Regierungen, bis zu bewussten Regelverstößen und Austrittsdrohungen, dürften demzufolge weniger deren Machtpolitik und Profilierungssucht zur Ursache haben als vielmehr die unterschiedlichen Werthaltungen, Probleme und Prioritäten der Bevölkerung.

Integration unter Ungleichen

Länder- und Schichten-spezifische Einstellungen zur EU und ihren Zielen

Gunther Tichy*

Medien und Öffentlichkeit kritisieren vielfach die Uneinigkeit des Europäischen Rats und seine langen, oft vertagten und ergebnislosen Sitzungen. Dabei spielen natürlich Machtpolitik und Profilierungssucht der jeweiligen Ländervertreter eine gewisse Rolle; zumeist jedoch stehen dahinter nationale Interessen, die aus der Heterogenität der EU resultieren. Es wird gerne übersehen, dass diese keineswegs bloß in unterschiedlichen Kulturen, Sprachen oder Produktivitäts- und Einkommensniveaus zum Ausdruck kommen, sondern auch in unterschiedlichen Problemlagen und Wertvorstellungen der Bevölkerung. Die Heterogenität der EU, die schon bei ihrer Gründung bewusst war, vergrößerte sich mit jeder Erweiterungsrunde¹ und wurde problematischer. Man versuchte die erheblichen Produktivitäts- und Einkommensunterschiede mittels Kohäsionspolitik zu mildern, was bis zur Finanzkrise auch nicht ohne gewissen Erfolg war (Goecke 2013). Doch schon zuvor zeigte sich, dass die Probleme tiefer liegen: Die neuere Integrationsliteratur betont die Schwierigkeiten einer “integration among unequals”: Sie arbeitete erstens heraus, dass in den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Wirtschaftsmodelle (varieties of capitalism) bestehen, unterschiedliche Formen des “welfare capitalism”, der Sozialpartner-Beziehungen wie der Unternehmensführung (Esping-Andersen 1990; Hall and Soskice 2001; Amable 2003); bei vertiefter Integration erwiesen sich diese als zunehmend inkompatibel. Demgemäß erhöhte sich der Druck der nationalen Akteure auf mehr Autonomie, und der Widerstand gegen die wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen von Kommission und Europäischem Gerichtshof nahm zu (Höpner and Schäfer 2012). Zweitens betont die neuere Integrationsliteratur, dass die EU eine Union von Staaten mit unterschiedlichen Wachstumsmodellen ist: Ein Export-getriebenes auf der Basis zurückhaltender Lohnpolitik – Prototyp Deutschland – und ein durch den heimischen Konsum-getriebenes² – Prototyp südliche EU-Mitglieder (Johnston and Regan 2018). Da Kommission und Europäischer Gerichtshof das Export-getriebene Modell forcieren und seine Vertiefung anstreben³, verschärfen sie die Probleme und tragen dazu bei, die südlichen Mitglieder zu Integrations-Verlierern zu machen.

Auch die neuere Integrationstheorie kann allerdings manche Probleme der “integration among unequals” nicht erklären. So etwa die großen Unterschiede im Vertrauen (Tichy 2020b) oder die unterschiedlichen Einstellungen zur Klimapolitik. Diese Probleme liegen eine Stufe tiefer: sie gehen auf unterschiedliche Kulturen, Wertvorstellungen, Problemsichten und -betroffenheiten der jeweiligen Bevölkerung zurück, mehr noch auf unterschiedliche Vorstellungen der verschiedenen Gruppen und Schichten innerhalb der Mitgliedsstaaten. Im Folgenden werden diese Unterschiede an Hand des Eurobarometer (EB) und des Parlameter untersucht. Beide sind EU-weite halbjährliche bzw. jährliche Befragungen von etwa 1000 Personen pro Land, nach einheitlichen

* Der Autor dankt F. Breuss, A. Guger, J. Janger, H. Pitlik und E. Walterskirchen für hilfreiche Kommentare und Kritik an einer früheren Fassung.

¹ Siehe dazu Höpner and Schäfer (2012, 10f).

² Im Folgenden als Export-orientiert bzw. Konsum-orientiert bezeichnet.

³ „[T]he EU has advantaged and promoted institutional features characteristically seen within manufacturing and FDI-based export growth models (i.e. the ‘ordoliberal’ German growth model), while it has destabilised and discouraged institutional features which dominate consumption-led (and debt accumulation) models.“ (Johnston and Regan 2018, 151)

Kriterien. Die Antworten werden nach verschiedenen Kriterien aufgegliedert: nach Ländern, Geschlecht, Altersgruppen, Bildungsgrad, sozio-professionellen Kategorien, finanzieller Position, Wohnort, politischer Einstellung, Internet-Nutzung sowie bestimmten Einstellungen zur EU. Das ermöglicht es nicht bloß die Länder-spezifischen Differenzen betreffend Einstellungen, Werthaltungen und Problemeinschätzungen zu untersuchen, sondern auch die dominierender sozio-professioneller Gruppen und soziologischer Schichten⁴.

1 Länder- und Gruppen-spezifische Unterschiede

Die Länder-spezifischen Unterschiede der Mitgliedsstaaten werden in Politik und Medien vielfach diskutiert; die Diskussion beschränkt sich jedoch zumeist auf die Produktivitäts- und Einkommensunterschiede, deren Konvergenz, sowie auf die durch unterschiedliche Einkommen und Sozialstandards ausgelösten Wanderungsbewegungen. Die Unterschiede liegen jedoch viel tiefer. Sie zeigen sich bereits bei der Einstellung zur Globalisierung im Allgemeinen, und darauf basierend, bei der Einstellung zur EU.

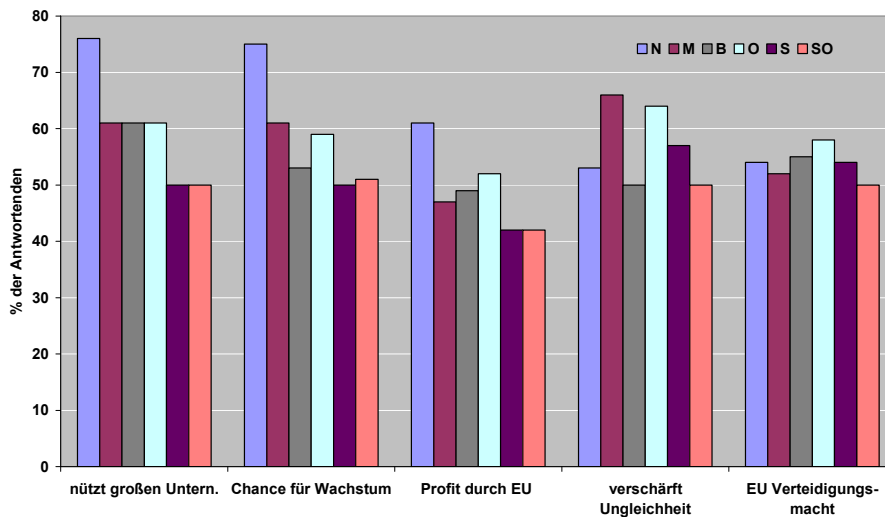


Abbildung 1: Einstellungen zur Globalisierung

Q.: EB 73, Frühjahr 2010

„Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten?“

QD1.6. „Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger.“

QD1.1. „Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum.“

QD1.12. „Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.“

QD1.2. „Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten.“

QD1.10. „Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft“

Die *Globalisierung* nehmen die EU-Europäer und Europäerinnen grundsätzlich positiv wahr, allerdings eher im Sinn eines unvermeidbaren Übels. Zwar sehen 56% in ihr eine Chance für Wachstum, doch nützt das nach Ansicht von 62% nur den großen Unternehmen, nicht den Bürgern und Bürgerinnen; die Länderunterschiede sind erheblich (Spreizung zwischen etwa 80% und 30%

⁴ Problematisch ist, vom ungewöhnlichen Umfang der Frageliste abgesehen, etwa, dass Begriffe vielfach nicht ausreichend definiert und unterschiedlich verwendet werden (etwa Klima/Umwelt), dass Einschätzungen auf Grund vorgegebener, wechselnder Listen erfolgen, oder dass die Bevölkerungsgruppen unklar abgegrenzt werden (siehe dazu die Abschnitte 3 und 4)

Zustimmung) und spiegeln die unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle. Abbildung 1 zeigt ein ausgeprägtes Nordwest-Südost-Gefälle: der Block der Export-orientierten Mitglieder im Norden und in der Mitte der EU⁵ schätzt die Wachstumschancen und Gewinne der Globalisierung deutlich positiver als der Block der Konsum-orientierten im Süden, dessen Industrie von der Ostöffnung wie von der chinesischen Exportoffensive stärker betroffen wurde. Die Länder in der Mitte und im Osten der EU sehen eine Verschärfung der Ungleichheit durch die Globalisierung.

Die Heterogenität zeigt sich allerdings nicht bloß auf der Ebene der Länder, sondern auch auf der der *sozio-professionellen Gruppen*: Diejenigen, die sich auf der gesellschaftlichen Skala als niedrig einschätzen, stehen der Globalisierung meist doppelt so skeptisch gegenüber wie diejenigen, die ihre Position als hoch sehen (siehe Abschnitt 4). Die distanzierte Einstellung zur Globalisierung zeigt sich auch darin, dass die EU von allen Ländergruppen, unbeschadet ihres Wirtschaftssystems, als Schutz vor der Globalisierung gesehen wird: 52% der Befragten glauben, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Welt verfügt, 48%, dass sie beitragen könne von der unvermeidlichen Globalisierung zu „profitieren“, und 42%, dass sie vor der Globalisierung schütze.

Sehr viel stärker ausgeprägt als in Bezug auf die Globalisierung sind die Differenzen betreffend die *Einschätzung der Probleme*, denen sich die EU nach Ansicht der Befragten gegenübersteht. Nach wie vor wird die Einwanderung von einem Drittel der EU-Bevölkerung als das größte Problem gesehen; der Anteil ist zwar von 58% am Höhepunkt der Flüchtlingskrise deutlich gesunken, liegt aber immer noch um etwa zwei Drittel höher als davor. Mit Ausnahme des Südostens, wo die Problem nicht in der Ein- sondern in der Auswanderung liegen, unterscheiden sich die Länderblöcke wenig; die Erstaufnahme-Länder Zypern, Malta und Griechenland sehen die Einwanderung allerdings besonders kritisch.

*Übersicht 1: Die wichtigsten Probleme, denen die EU gegenwärtig gegenüber steht
(% der Antwortenden)*

	Norden	Mitte	Baltikum	Osten	Süden	Südosten
Klimawandel	38	31	20	16	18	12
Einwanderung	37	37	46	44	44	36
Einfluss der EU in der Welt	18	14	14	11	8	12
Umwelt	17	17	5	11	16	10
Terrorismus	16	13	21	22	14	28
Wirtschaftliche Lage	14	15	15	14	19	15
Öffentliche Finanzen	14	19	12	16	14	12
Kriminalität	9	9	7	11	10	9
Arbeitslosigkeit	8	8	5	6	11	6
Inflation	6	10	11	12	7	8

Q.: EB92, Herbst 2019

QA5a. „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?“

Das Problem des *Klimawandels* stufen die EU-Bürger und Bürgerinnen erst *hinter* dem der Immigration ein: Allein im Norden dominiert es leicht, in der Mitte liegt es ein wenig, sonst weit

⁵ Zwecks übersichtlicher Darstellungen wurden die Länder (ungewichtet) aggregiert:
 Norden: Dänemark, Finnland, Irland, Schweden;
 Mitte: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich;
 Baltikum: Estland, Lettland, Litauen;
 Osten: Kroatien, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn;
 Süden: Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien, Zypern;
 Südosten: Bulgarien, Rumänien.

unter der Einschätzung der Immigrations-Probleme; die Unterschiede spiegeln das jeweilige Einkommens- und Wohlfahrtsniveau eher als das Wirtschaftssystem. Allerdings hat das Problembewusstsein in den letzten drei bis vier Jahren zugenommen: Hielten 2016 erst 7% der EU-Bevölkerung den Klimawandel für erheblich, waren es im Herbst 2019 bereits 24%. Dazu dürften die Jugendproteste der jüngeren Vergangenheit erheblich beigetragen haben, die ihn zu einem „Schlagwort“ gemacht haben: 66% der 15-24-Jährigen, aber auch 55% der über 55-Jährigen waren 2019 vom Einfluss der Proteste auf die Politik der EU (Parlameter 2019, Frage QB11.2) wie auch der einzelnen Länder (Parlameter 2019, QB11.1) überzeugt. Im Norden lag der Anteil der Überzeugten sogar über drei Viertel, wogegen er in Estland, Tschechien und Bulgarien unter der Hälfte blieb. Interessanterweise unterscheidet die Bevölkerung deutlich zwischen Klimawandel und Umwelt; Letztere hat zwar an Bedeutung gleichfalls zugelegt, gilt aber als viel kleineres Problem.

Relativ zu Einwanderung und Klimawandel/Umwelt werden die übrigen Probleme, wie Übersicht 2 zeigt, von der Bevölkerung als deutlich weniger drängend angesehen. Zu erwähnen sind vor allem *Wirtschaftslage* und *Arbeitslosigkeit* in den Konsum-getriebenen Systemen im Süden; der *Terrorismus*, der vor zwei bis drei Jahren als das größte Problem galt, wird nur noch von 18% der EU-Bevölkerung als Problem gesehen, vor allem im Baltikum und im Osten. Erstaunlicherweise wird die *Inflation* von den Mitgliedern in der Mitte, im Baltikum und im Osten trotz der relativ niedrigen Werte als Problem gesehen. Im Übrigen gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Wirtschaftssystemen.

Übersicht 2: Problemsicht und geforderte EU-Prioritäten (% der Antwortenden)

Größte Probleme der EU		Prioritäten für EU-Parlament	
Einwanderung	34	32	Klimawandel
Klimawandel	24	31	Exklusion und Armut
Terrorismus	18	24	Arbeitslosigkeit
Einfluss der EU in der Welt	15	24	Terrorismus
Umwelt	15	22	Bildung
Wirtschaftliche Lage	14	18	Wachstum
Öffentliche Finanzen	12	17	Einwanderung
Kriminalität	11	15	Grenzschutz
Arbeitslosigkeit	11	15	Forschung und Innovation
Inflation	9	12	Gemeinsame Verteidigungspolitik
		10	Sicherung der Währungsunion
		10	Sicherung d. Energieversorgung

Q.: EB92, Herbst 2019, QA5a: „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?“
 Parlameter 92 Herbst 2019 Annex: QB5T “The EP makes decisions on European legislation which directly impacts every citizen’s life. In your opinion which of the following should be given priority by the European Parliament? Firstly? And then? (MAX. 3 ANSWERS) (% - EU)“

Interessante Unterschiede bestehen zwischen der Problemsicht der Bevölkerung und den Aufgaben, die sie von der EU erwartet. Wie Übersicht 2 (rechter Block) zeigt, steht der Klimawandel an erster Stelle der geforderten EU-Aktivitäten, obwohl er bloß als das (mit Abstand) zweitwichtigste Problem eingeschätzt wird. Wegen der Externalitäten erscheint das grundsätzlich als vernünftige Entscheidung, doch könnte das Ausmaß der Differenz bei den Staaten der Mitte und des Südens auch auf das Abschieben eines unangenehmen Problems und auf Trittbrettfahrer-Elemente schließen lassen; im Norden nämlich entsprechen Problemsicht und Forderung an die EU einander weitgehend (Abbildung 2). Verstärkt wird die Vermutung von

Trittbrettfahrer-Elementen bei der Einschätzung der Migration: 34% sehen die Einwanderung als das größte Problem, doch deutlich weniger als die Hälfte will sie auf der Agenda des EU-Parlaments haben; die Diskrepanz ist im Baltikum (40% gegen 6%) und im Osten (44% gegen 11%) besonders groß; offensichtlich vertraut man mehr auf die Effizienz nationaler Beschränkungen. Verglichen zum Ausmaß der politischen und medialen Diskussion ist die Forderung der Bevölkerung nach Schutz der Außengrenzen mit 15% hingegen erstaunlich gering, wenn auch sehr einheitlich. Andererseits sehen in der EU28 nur 11% Arbeitslosigkeit als ernstes Problem, aber für 24% sollte deren Bekämpfung eine Priorität für das EU-Parlament sein⁶. Abbildung 2 lässt erkennen, dass die unterschiedlichen Einschätzungen primär Folge der Spaltung der EU sind: Bei Klimawandel und Armut in einen wohlhabenden Block im Nordwesten und einen Block weniger Wohlhabender im Süden und Osten, bei der Arbeitslosigkeit in einen Export- und einen Konsum-orientierten Block, und bei Immigration in Länder mit hohem und niedrigem Anteil von Migranten.

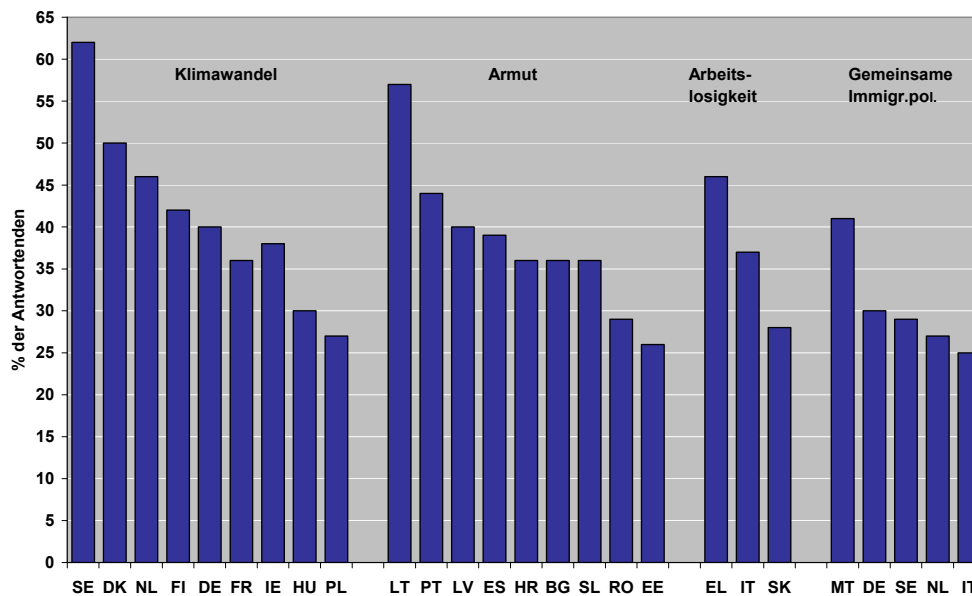


Abbildung 2: Vom EU-Parlament erwünschte Prioritäten

Q.: Parlameter 2019, 42

QB5T: "In your opinion, which of the following values should the European Parliament defend as a matter of priority?"

Die Untersuchung der Länderdifferenzen zeigt somit eine deutlich unterschiedliche Problemsicht der Bevölkerung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, die vor allem aus der je spezifischen Situation resultiert. Die Ansichten über den Handlungsbedarf differieren aber nicht nur zwischen den Ländern, sondern weichen vielfach auch von den Zielen der EU ab. Es lässt sich eine ausgeprägte Tendenz erkennen, unangenehme Maßnahmen auf die EU abzuschieben. Das erschwert nicht bloß eine einheitliche Politik der EU, sondern hat auch theoretische Konsequenzen für die optimale Zuordnung von Zuständigkeiten selbst bei europaweiten Kollektivgütern (Pitlik 2013).

⁶ Da die EU dafür keine Kompetenz hat, könnte das als Votum gegen ihre generelle, als neoliberal eingeschätzte, Politik verstanden werden.

2 Wertedifferenzen innerhalb der EU

Nicht bloß die Problemsichten, auch Einstellungen und Werte der Bevölkerung differieren erheblich, sowohl zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten als auch zwischen den Ländergruppen. Einer der auffälligsten aber weitgehend ignorierten Unterschiede ist das *Vertrauensgefälle*: Im Nordwesten der EU vertraut gut die Hälfte der Bevölkerung Regierung und Parlament, im Süden und Osten knapp ein Drittel und im Südosten weniger als ein Viertel (Tichy 2020b). Da etwa dieselben Differenzen auch beim Vertrauen in Medien, Internet oder soziale Netzwerke zu beobachten sind, gibt es offenbar ein generelles Vertrauensgefälle, das eher historisch und kulturell als politisch – d.h. als Beurteilung der jeweiligen Regierung und der nationalen Institutionen – zu interpretieren ist. Interessanterweise fehlt das Gefälle beim Vertrauen in die EU weitgehend: Es liegt im Süden und Osten nur knapp unter der Hälfte der Bevölkerung.

Übersicht 3: Länderunterschiede in der Einschätzung bestimmter Werte (% positiver Antworten)

	Menschenrechte	Gleichheit der Geschlechter	Freiheit der Sprache	EU Binnen-Solidarität	Weltweite Solidarität	Dialog der Kulturen	Minderheitenschutz
EU28	48	38	38	33	23	22	18
Max./Min.	72/40	55/16	59/23	58/26	35/13	35/15	37/9

Q.: Parlameter 2019, 41

QB6: "In your opinion, which of the following values should the European Parliament defend a matter of priority?"

Befragt nach den *Werten*, die das EU-Parlament prioritär verteidigen sollte (Übersicht 4), beträgt die Spanne zwischen den Ländern mit der höchsten und niedrigsten Einschätzung zumeist 30 Prozentpunkte; im Bereich für die EU wichtiger Werte wie Minderheitenschutz oder Dialog der Kulturen und Religionen bedeutet das, dass diese von den liberalsten Länder mehr als doppelt so hoch eingeschätzt werden. Erhebliche Unterschiede zeigt auch die Bewertung der Gleichheit von Frauen und Männern, die im Norden und in der Mitte der EU von zwei Fünfteln gefordert wird, im Süden von einem Drittel, in den ehemaligen Oststaaten jedoch bloß von einem Fünftel. Die Unterschiede spiegeln einerseits die größere Bedeutung postmaterieller Werte in hoch entwickelten Staaten (Inglehart 1989), könnten andererseits aber auch einen Bedarf an Reformen bzw. ein Desinteresse mangels lokaler Verletzung dieser Werte anzeigen. So etwa dürfte das unterdurchschnittliche Interesse mancher ehemaliger Ostblockstaaten an der Gleichstellung der Geschlechter zum Teil mit der dort ohnedies relativ hohen Frauenerwerbsquote zu erklären sein, das überdurchschnittliche im Nordwesten mit dem Wunsch nach (weitergehenden) Reformen. Bezüglich Solidarität innerhalb der EU verhalten sich die Bürger und Bürgerinnen des Nordens reserviert, um finanzielle Belastungen abzuwehren, vor allem im Südosten schätzt man sie – wohl in der Hoffnung auf Unterstützung – hingegen hoch ein.

Abbildung 3 zeigt, dass sich die persönlichen Werte der Befragten⁷ von denen unterscheiden, die sie der EU unterstellen⁸: Nach Ansicht der Bürger und Bürgerinnen achtet die EU zu wenig auf Frieden, auf die Freiheit des Einzelnen, auf Respekt gegenüber dem menschlichen Leben und auf Toleranz; das mag zu diskutieren sein. Problematisch ist jedoch das geringe Verständnis für das Eintreten der EU für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie: Das diesbezügliche Interesse der EU wird jedoch um die Hälfte bzw. um ein Drittel höher eingeschätzt als ihr eigenes. In abgeschwächtem Maß gilt das auch für den Respekt für andere Kulturen und für Solidarität.

⁷ Die jeweilige Reihung der Prioritäten in den Eurobarometer-Befragungen muss insofern vorsichtig interpretiert werden, als die jeweiligen (wechselnden und unvollständigen) Listen von Werten in den Fragebögen vorgegeben sind.

⁸ Die Korrelation beträgt bloß 0,56.

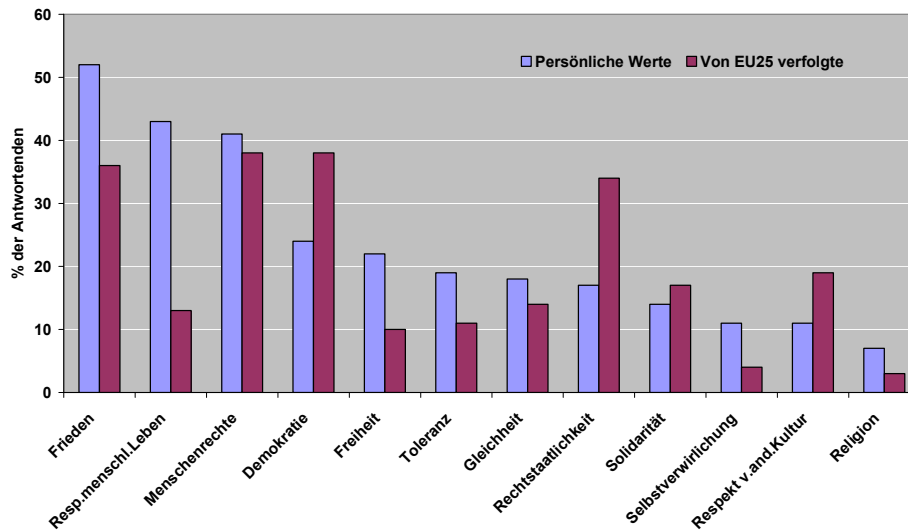


Abbildung 3: Werte, die die Europäische Union repräsentieren

Q.: EB 66, Herbst 2006

QA48a. „Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten? (maximal 3 Nennungen)“.

QA48b. „Welche drei der folgenden Werte repräsentieren am besten die Europäische Union? (maximal 3 Nennungen)“.

Es gilt daher festzuhalten, dass nicht bloß die Wertehierarchien der Mitgliedsstaaten erheblich differieren, sondern dass auch viele für Funktionieren und Weiterentwicklung der EU wichtige Werte von den Bürgern und Bürgerinnen nicht geteilt werden. Insofern muss untersucht werden, bei welchen Ländern und Personengruppen die Probleme der mangelnden Identifikation mit der Integration zu suchen sind.

3 Schichtenspezifische Zielsetzungen

Ähnlich ausgeprägt wie die Differenzen zwischen den Ländern in Bezug auf Problemsicht und Handlungsbedarf sind die Differenzen zwischen den sozio-professionellen Gruppen. Übersicht 4 lässt eine Differenzierung der Einschätzung der EU zwischen der (zumeist akademisch) ausgebildeten Gruppe der Leitenden Angestellten, Akademiker/innen⁹ und Student/innen sowie der Jüngeren (15-24 Jahre), einer Mittelgruppe der Angestellten, Selbständigen und Arbeiter/innen, und den Übrigen erkennen. Bei jeder einzelnen Einschätzung liegt das Niveau der vorhergehenden Gruppe um etwa ein Fünftel über dem der jeweils nachfolgenden; überdies zeigt sich auch innerhalb der Gruppen ein deutliches Gefälle nach Bildungsgrad und sozialer Stellung: Die Leitenden Angestellten sind zur EU durchwegs am positivsten eingestellt, gefolgt von den akademisch Gebildeten, wogegen Pensionist/innen, Arbeitslose und Personen mit Finanzproblemen von der EU deutlich weniger halten. Die Aussagen könnten erheblich präzisiert werden, wenn die heterogenen Gruppen der Selbständigen (Unternehmer, Handwerker, Händler, etc.) wie die der Arbeiter/innen (Fach-, Hilfsarbeiter/innen) untergliedert werden würden; überdies ist die Gruppe der Arbeiter/innen mit rund 6000 etwa doppelt so groß wie der meisten übrigen (siehe dazu auch den folgenden Abschnitt).

⁹ Im englischen Fragebogen: “Manager” (in deutschen Texten zumeist Leitende Angestellte) bzw. “Education (End of) 20+”.

Übersicht 4: Einstellung sozio-professionellen Schichten zur EU

	Land profi- tiert von EU	In EU bleiben	EU Teilnah- me positiv	Für EU und €	Zufried. mit EU-Demokr.	Image der EU positiv	Image EU- Parlam.pos.
Leitende Angestellte	83	78	77	70	64	57	44
Akademiker/innen*	78	74	73	67	57	51	39
Student/innen	80	77	75	72	59	54	42
Angestellte	70	66	64	62	54	42	36
Selbständige	68	64	63	63	50	46	36
Arbeiter/innen	66	60	58	58	45	35	27
Rentner/innen	61	59	58	57	42	38	29
Hausfrauen/-männer	59	54	54	57	40	32	28
Arbeitslose	58	49	48	51	35	30	22
mit Finanzproblemen*	50	46	43	52	31	27	24
Jüngere (15-24)*	75	69	68	66	56	44	35

Q.: Parlameter 2018, Socio-demographic annex

* Jeweils in den übrigen Gruppen enthalten

Die Aufgliederung nach Altersgruppen zeigt ein kontinuierliches Gefälle von Jung zu Alt, wogegen – entgegen den Erwartungen – kein systematisches regionales Gefälle, von Metropolen über Kleinstädte zum flachen Land, festzustellen ist; bloß den Nutzen von EU und EU-Parlament schätzen die Bewohner der Metropolen etwas höher ein.

Ein sozio-professionelles Gefälle zeigt sich vielfach auch bei den Erwartungen über die diversen *Vorteile der EU*. Am höchsten wird, trotz ihrer mangelnden Kompetenz, der Schutz eingeschätzt, den die EU vor Arbeitslosigkeit bietet, und zwar mit dem erwarteten sozio-professionellen Gefälle (Abbildung 4). In den Schutz der EU vor illegaler Migration vertrauen Leitende Angestellte und Akademiker/innen deutlich weniger als die Übrigen, und beim Schutz

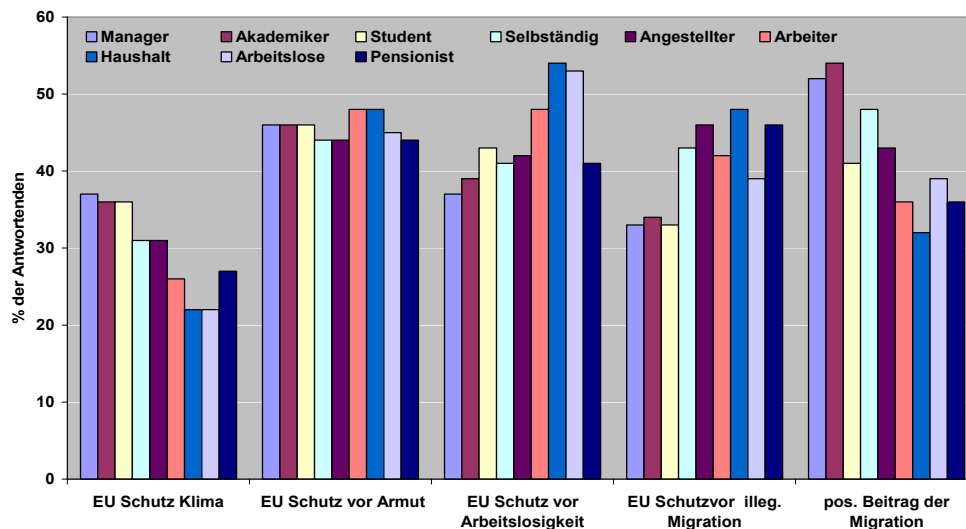


Abbildung 4: Einschätzung der EU-Aktivitäten nach sozio-professionellen Gruppen

Q.: Parlameter 2018

QA18T "The European Parliament makes decisions on European legislation which directly impacts every citizen's life. In your opinion which of the following should be given priority by the European Parliament?"

vor Armut und sozialer Exklusion zeigt sich interessanterweise keine Differenzierung. Bezüglich Klimaschutz wird von der EU nicht allzu viel erwartet, wenn auch von Leitenden Angestellten und Akademiker/innen fast doppelt so viel wie von Arbeitslosen und Hausfrauen/-männern; Pensionist/innen sind in diesem Punkt überraschend optimistisch.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass die Ansichten zwischen den sozio-professionellen Gruppen eher noch stärker variieren als zwischen den Ländern. Sowohl in der Einschätzung der EU, der Einstellung zu ihr, ihrer diversen Vorteile, als auch in Bezug auf die in sie gesetzten Erwartungen zeigt sich ein deutliches sozio-professionelles Gefälle: Leitende Angestellte, Akademiker/innen, Student/innen und Jüngere haben in allen Punkten deutlich positivere Ansichten als Arbeitslose, Pensionist/innen, Ältere und Personen mit finanziellen Problemen. Stadt-Land-Differenzen lassen sich hingegen nicht erkennen.

4 Soziologische Differenzierung

Wieweit lässt sich die Schichten-spezifische Differenzierung des EB zu einer genaueren Charakterisierung der Gruppen nutzen? Abbildung 5 zeigt zunächst ein unterschiedliches Selbstbewusstsein: Leitende Angestellte, Gebildete und Bürger/innen ohne Finanzprobleme schätzen ihren Einfluss auf Land und EU sehr hoch ein, und zwar offenbar auf der Ebene persönlicher Beziehungen, denn von Wahlteilnahme – EU wie national – halten sie wenig: Ganz generell schätzen nach dieser Umfrage höhere soziale Schichten Wahlen und Wahlbeteiligung weniger wichtig ein als untere. Die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land wie in der EU zeigt wiederum das übliche Gefälle. Das Vertrauen in die Parteien ist bei Hausfrauen/-männern, bei Arbeitslosen und Menschen mit Finanzproblemen noch niedriger als bei den Anderen. Generell verstärkt sich somit die Evidenz der vorhergehenden Abschnitte einer Differenzierung in drei Gruppen an: Leitende Angestellte, Akademiker/innen, Student/innen und z.T. auch Personen ohne Finanzprobleme an der Spitze, gefolgt von Selbständigen, Angestellten, Arbeiter/innen, Älteren und Pensionist/innen; am unteren Ende rangieren Hausfrauen/-männer, Arbeitslose und Personen mit Finanzproblemen.

Im Standard EB86 (Frage QA11) wurden Einstellungen zur *persönlichen Bedeutung der EU* abgefragt und nach sozio-professionellen Kriterien aufgegliedert¹⁰. Übersicht 5 zeigt für diese (eher heterogenen) Fragen das Gefälle der Einschätzungen, das auch bei den vorstehenden Analysen gefunden wurde. Die Spitzengruppe von Leitenden Angestellten, Akademiker/innen und Student/innen schätzt vor allem die persönliche Bedeutung von Mobilität, Euro, Frieden oder kultureller Vielfalt deutlich höher ein als die Übrigen. Selbständige, Angestellte und Personen ohne Finanzprobleme sehen die meisten Punkte weniger positiv und halten Verschwendung und Schutz der Außengrenze als kennzeichnender für die EU. Etwas weniger deutlich setzt sich die Gruppe am unteren Ende ab; die Arbeiter und Arbeiterinnen stehen nach manchen Kriterien den Angestellten relativ nahe. An Besonderheiten fällt auf, dass Student/innen wie Arbeiter die Bürokratie, und Student/innen wie Hausfrauen/-männer die Verschwendung als weniger typisch für die EU sehen als andere. Für Student/innen hat auch die Kontrolle der Außengrenze der EU weniger Bedeutung als dem sozio-professionellen Gefälle entsprechen würde, für Rentner/innen hingegen mehr. Insgesamt können die Antworten auf die Frage QA11 im Standard EB86 somit als durchaus repräsentativ für die Einstellungen der Berufsgruppen gesehen werden.

¹⁰ Die Frage nach der persönlichen Bedeutung der EU wurde in Teilfragen untergliedert: Die Freiheit überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können; der Euro; Frieden; kulturelle Vielfalt; Bürokratie; Geldverschwendung; nicht genug Kontrolle an den Außengrenzen; mehr Mitsprache in der Welt; Demokratie; mehr Kriminalität; wirtschaftlicher Wohlstand; Arbeitslosigkeit; Verlust unserer kulturellen Identität; Soziale Absicherung“ (Siehe dazu Abbildung 6).

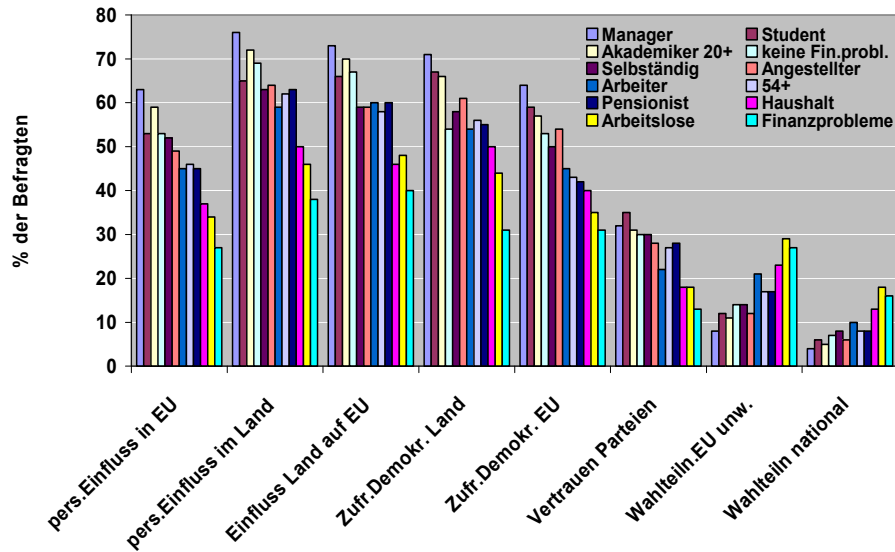


Abbildung 5: Persönliche Einstellungen sozio-professioneller Gruppen

Q.: Parlameter 2018, Sociodemographic annex

D72.1: "Please tell me to what extent you agree or disagree with each of the following statements. My voice counts in the EU."

D72.2: "... in our country."

D72.3: "... our countries voice counts in the EU."

D80a: "On the whole are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (OUR COUNTRY)?"

D80b: "And how about the way democracy works in the EU?"

D81: "Please tell me if you tend to trust it or tend not to trust political parties."

QA11aT: "Please tell me how important or not is for you personally to vote IN THE EUROPEAN ELECTIONS? Please use a scale from 1 to 10, ..."

QA11bT: "And how important or not is it for you to vote IN THE NATIONAL ELECTIONS IN (OUR COUNTRY)?"

Die Aufgliederung der Antworten nach soziologischen Kriterien, nach „gefühlter Zugehörigkeit“ zu Arbeiterschicht, unterer Mittelschicht, Mittelschicht, oberer Mittelschicht und Oberschicht bietet die Möglichkeit, die Gruppen genauer zu charakterisieren: Wieweit entsprechen die Einschätzungen der einzelnen sozio-professionellen Gruppen den Einschätzungen der soziologischen Gruppen, denen sich die Respondenten jeweils zuordneten¹¹. Allerdings gibt es dabei einige Probleme: Erstens unterscheidet das Eurobarometer eine eigene „Arbeiterschicht“ unterhalb der Unteren Mittelschicht, und verzichtet auf ein Prekariat, was die Selbst-Einordnung wohl nicht erleichtert. Zweitens zeigen Tests mit österreichischen Daten, dass der Anteil der Arbeiter in der zu klein sei dürfte¹²; dafür spricht auch, dass sich mit rund 7000 Personen um etwa 1000 mehr der Arbeiterklasse zurechnen als in der sozio-professionellen Gliederung ausgewiesen.

¹¹ Also die Arbeiter/innen der Arbeiterschicht, die Leitenden Angestellten einer der oberen Schichten, etc.

¹² In Österreich sind gemäß der Statistik des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger 34% der Erwerbstätigen Arbeiter bzw. Arbeiterinnen; das Eurobarometer zählt jedoch nur 21% der Befragten der sozio-professionellen Gruppe der Arbeiter zu, und nur 17% rechnen sich selbst der Arbeiterschicht (und 15% der Unteren Mittelschicht) zu.

Übersicht 5: Persönliche Einschätzung der EU nach sozio-professionellen Kriterien

	Leit.Ang.	Akad.	Student	Selbst.	Angest	Kein Fin.pr.	Arbeiter	Arb.los	Pens.	Haush. Fin.probl.
Mobilität	64	62	64	54	53	53	48	44	42	38
Euro	37	40	42	37	38	38	34	37	31	36
Frieden	33	32	31	26	27	27	23	20	32	22
Kultur. Vielfalt.	37	37	35	28	28	28	24	25	21	22
Bürokratie	32	31	18	29	26	26	22	26	26	16
Verschwendung	19	21	11	22	22	22	26	27	30	19
Außergrenze	20	22	12	22	21	21	27	24	29	21
Mitsprache	34	30	26	25	25	25	19	16	20	17
Demokratie	28	25	28	21	24	24	19	17	18	16

Q.: EB86, Herbst 2016,
QA11: „What does the EU mean to you personally?“

Drittens weisen Selbsteinschätzungen erfahrungsgemäß einen Mittelstands-bias auf (Evans 2001): Mehr Personen rechnen sich selbst dem Mittelstand zu¹³, als nach wirtschaftlichen und sozialen Kriterien gerechtfertigt wäre, und bloß wenige identifizieren sich üblicherweise als Oberschicht. Viertens schließlich wird die jeweilige Korrespondenz der Ansichten in dieser Arbeit ausschließlich auf Grund der persönlichen Einschätzung der EU ermittelt; auch wenn der entsprechende Fragenkomplex ein breites (z.T. eher merkwürdiges) Spektrum unterschiedlicher Teilfragen umfasst, könnte eine Zuordnung auf Basis anderer Kriterien, etwa Einkommen oder Werthaltungen, anders ausfallen.

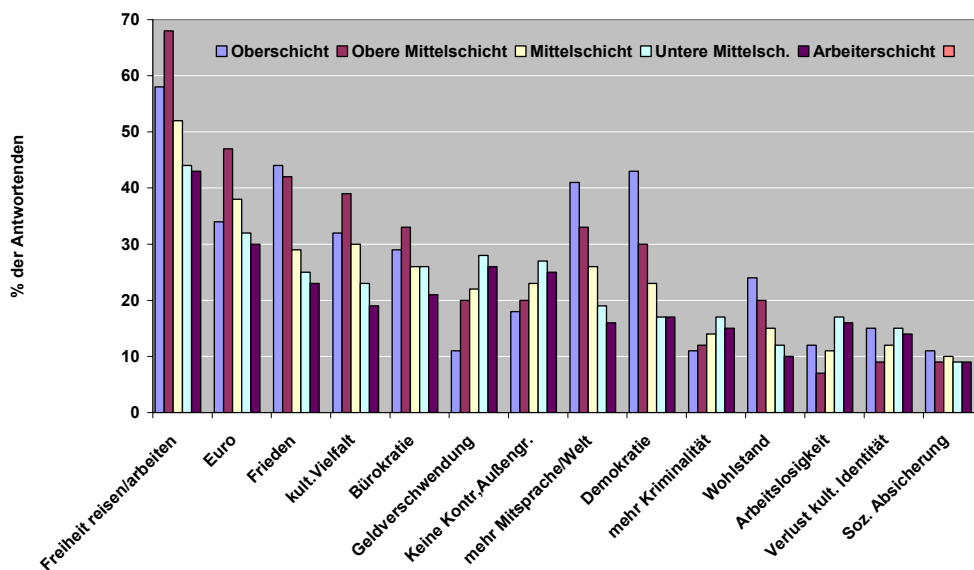


Abbildung 6: Persönliche Einschätzung der EU nach Schichten-Zugehörigkeit

Q.: EB 86, Frage QA11

Abbildung 6 zeigt ein Schichten-spezifisches Gefälle, das dem sozio-professionellen weitgehend entspricht. Die obere Mittelschicht schätzt persönliche Freizügigkeit, Euro und kulturelle Vielfalt höher ein als die Oberschicht, wogegen diese mehr Mitsprache in der Welt und

¹³ Gemäß Eurobarometer 46% Mittelschicht, 17% Untere und 7% obere Mittelschicht.

überraschenderweise Wohlstand höher einschätzt als auf Grund des Gefälles zu erwarten gewesen wäre. Die unteren Schichten verbinden mit der EU in besonderem Maße Geldverschwendung, mangelnde Kontrolle der Außengrenzen und Kriminalität.

Trotz der von der EU vorgegebenen differenzierten Unterscheidung in fünf Schichten ordnen sich die Befragten erstaunlich klar ein. Die Antworten der Oberen Mittelschicht über die persönliche Bedeutung der EU korrelieren am stärksten mit denen der Leitenden und eines Teils der Sonstigen Angestellten, der Akademiker/innen sowie der Schüler/Student/innen. Die der Mittelschicht entsprechen denen der Angestellten, der Akademiker/innen, Selbständigen, der Personen ohne Finanzprobleme, sowie schwächer der der Hausfrauen/-männer. Der Mittelschicht fühlt sich ein weiterer Teil der Angestellten, die Selbständigen und mit Abstand die Hausfrauen/-männer zugehörig. Die Antworten der unteren Mittelschicht korrelieren mit denen der Arbeiter/innen, Pensionist/innen und Arbeitslosen. Personen mit Finanzproblemen sehen die EU so wie die Arbeiterschicht, zu der sich zwangsläufig nur Arbeiter/innen zugehörig fühlen. Insofern bietet sich eine Gruppierung an: Der Unteren Mittelschicht gehören Arbeiter/innen, Pensionist/innen und Arbeitslose, sowie Personen mit Finanzproblemen an. Die Arbeiterschicht umfasst definitionsgemäß ausschließlich Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Antworten jedoch weitgehend denen der Unteren Mittelschicht entsprechen.

Übersicht 6: Korrelation der persönlichen Ansichten über die Bedeutung der EU

	Oberschicht	Obere Mittelschicht	Mittelschicht	Untere Mittelschicht	Arbeiterschicht
Leitende Angestellte	0,91	<u>0,98</u>	0,96	0,79	0,77
Akademiker	0,91	<u>0,99</u>	<u>0,99</u>	0,86	0,83
Schüler/Studenten	0,88	<u>0,96</u>	0,93	0,72	0,74
Keine Finanzprobleme	0,82	0,97	<u>0,99</u>	0,92	0,91
Selbständige	0,80	0,96	<u>0,99</u>	0,92	0,92
Angestellte	0,83	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>	0,90	0,90
Arbeiter	0,64	0,86	0,94	<u>0,98</u>	<u>0,98</u>
Arbeitslose	0,44	0,71	0,82	<u>0,94</u>	0,93
Rentner	0,58	0,79	0,86	<u>0,97</u>	0,96
Hausfrau/-mann	0,67	0,88	<u>0,94</u>	0,91	0,92
Finanzprobleme	0,21	0,49	0,64	0,87	<u>0,89</u>

Q.: Eigene Berechnung auf Grund von Frage QA11 in EB86 vom Herbst 2016
Überwiegende Zuordnung zur jeweiligen Gruppe unterstrichen.

Die Ergebnisse der Korrelationsanalyse decken sich weitgehend mit den Ergebnissen von Abschnitt 3. Gewisse Abweichungen ergeben sich bei Selbständigen, Hausfrauen/-männern und Arbeiter/innen. Selbständige und Hausfrauen/-männer ordnen sich gemäß persönlicher Einschätzung der EU relativ klar der Mittelschicht zu. In der sozio-professionellen Dreiteilung von Abschnitt 3 standen die Selbständigen der oberen Schicht und die Hausfrauen/-männer der unteren nahe. Beides dürfte der Heterogenität der Gruppen geschuldet sein: Von den Selbständigen zählen sich die Eigentümer/innen größerer Unternehmen und ein erheblicher Teil der Freiberufler/innen wohl der oberen Mittelschicht zu; Personen, die in der Berufsklassifizierung 'Haushalt' angeben, dürften teils den wohlhabenden oberen Schichten angehören, teils unteren, in denen die Berufstätigkeit der Frau noch nicht voll akzeptiert ist¹⁴. Die Entscheidung der EU eine

¹⁴ Es sei daran erinnert, dass das Eurobarometer die gesamte EU28 erfasst, in der die Erwerbsquote der Frauen zwischen 20 und 64 Jahren bloß 67% beträgt; vor allem in Griechenland (49%), Italien (53%), Kroatien (60%) und Spanien (61%) ist sie relativ niedrig. Die Priorität der Gleichheit von Frauen und

„Arbeiterschicht“ unterhalb der unteren Mittelschicht anzusiedeln erscheint zumindest merkwürdig. Einerseits gälte es zwischen Fach- und Hilfsarbeiter/innen zu unterscheiden, die wohl unterschiedlichen Schichten zuzurechnen sind, andererseits besteht durch diese Vorgabe ein impliziter Druck auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich dieser Klasse zuzuordnen, was die jeweilige Aussage über die Einschätzung ihrer sozialen Position entwertet. Die Korrelationsanalyse ordnet die Arbeiter/innen, ihren Einstellungen gemäß, sowohl der unteren Mittelschicht als auch der Arbeiterschicht zu.

Die Eurobarometer-Befragungen zeigen, dass die Bevölkerung der EU ein Bewusstsein der Zugehörigkeit zu bestimmten Schichten mit unterschiedlicher Einschätzung der EU wie der Globalisierung hat¹⁵: Je ‘höher’ die Schicht, desto positiver die Einstellung. Das entspricht der durchaus richtigen Einschätzung der unteren Schichten, dass sie von Globalisierung und Integration weniger profitiert haben als die Oberen¹⁶.

5 Die Spaltung des Mittelstands

Die Untersuchung der Probleme einer “Integration among unequals” konnte zahlreiche Unterschiede herausarbeiten: Geographische und strukturelle, im Wirtschaftssystem und in den Wachstumstreibern liegende, in Problemsichten, Wertedifferenzen und in Schichten-spezifischer Betroffenheit. Sowohl die sozio-professionelle wie die soziologische Aufgliederung des Eurobarometer erwies sich dabei jedoch als unzureichend: Zumindest die Gruppe der Selbständigen wie die „Arbeiterschicht“ sind zu heterogen. Demgemäß differenzieren neuere soziologische Ansätze. Reckwitz (2019) etwa unterscheidet innerhalb der quantitativ dominierenden Mittelklasse – die bei ihm zwischen einer sehr schmalen Oberklasse und einer Prekariats-dominierten Unterschicht liegt – zwischen einem Alten und einem Neuen Mittelstand. Ersterer ist formal weniger gebildet, hängt stark an traditionellen Werten, fühlt sich an den Rand gedrängt, ist in Teilen Abstiegs-gefährdet und steht Globalisierung, EU und Migration skeptisch gegenüber. Er fühlt sich vom Neuen Mittelstand bedroht, der formal höher gebildet, individuelle Werte vertritt, Aufstiegs-orientiert, urban-kosmopolitisch und Globalisierungs-freundlich orientiert ist: Der Neue Mittelstand repräsentiert aus der Sicht des Alten die „Elite“, die technokratisch motiviert, gemeinsam mit EU-Kommission und Europäischem Gerichtshof Globalisierung und Integration vorantreibt. Die beiden Klassen unterscheiden sich in Werten, Lebensstil, Deutungsmustern und Alltags-Praktiken.

Versucht man die Klassifizierung des Eurobarometer in das Reckwitz-Schema zu übersetzen, können Leitende und höhere Angestellte wie Akademiker und Studenten der neuen Mittelklasse zugerechnet werden; Arbeitslose und Personen mit Finanzproblemen stehen zumindest am Rande des Prekariats, das in der Klassifizierung der EU ignoriert wird. Die Selbständigen der EU-Klassifizierung müssten aufgeteilt werden: Größere Unternehmer vor allem im Dienstleistungsbereich und Freiberufler gehören nach allen denkbaren Kriterien einer anderen Schicht an als kleine Handwerker und Ladenbesitzer. Die Arbeiter/innen werden in beiden

Männern wurde im Norden und in der Mitte von zwei Fünfteln der Bevölkerung gefordert, im Süden von einem Drittel, in den ehemaligen Oststaaten bloß von einem Fünftel.

¹⁵ Wieweit das eine neue Entwicklung ist, kann hier nicht weiter diskutiert werden. Die Hypothese der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ bzw. der mobilen Gesellschaft „jenseits von Klasse und Stand“ (Beck 1983) wurde zwar aufgegeben, blieb aber als Nostalgie und normatives Element weiterhin lebendig (Reckwitz 2019, 77). Neuerdings werden vielfach Selbstentfaltungswerte als relevant angesehen, die im Gegensatz zu Pflicht- und Akzeptanzwerten stehen (Klages und Gensicke 1984).

¹⁶ “There is widespread agreement that elites have gained more from the enormous changes of the past 30 years than average citizens have.” (Pew 2019, 5) “Evidently all this together constitutes fertile ground for the rise of populism“ (Open Society 2019, 25).

Klassifizierungen ungenügend behandelt, was wohl historisch zu erklären ist: Gehörten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zumindest die männlichen Facharbeiter mit ihren lebenslang festen Arbeitsplätzen wohl der Mittelschicht an, haben Bildungsrevolution, De-industrialisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarkt und Digitalisierung sie eher in eine Position am unteren Ende des Alten Mittelstands mit Ordnungs-erhaltenden, Globalisierungs-kritischen und Immigrations-feindlichen Einstellungen zurückfallen lassen¹⁷.

Verbindet man die qualitativen Überlegungen von Reckwitz (2019) mit den quantitativen Ergebnissen des Eurobarometer dürften vor allem der Alte Mittelstand der kleinen Selbständigen, der Facharbeiter/innen und Pensionisten sowie die dem Prekariat nahestehenden Gruppen der Hilfsarbeiter/innen und Arbeitslosen die Globalisierungs- und EU-Skepsis tragen. Der Neue Mittelstand der akademisch Gebildeten und Leitenden Angestellten hingegen steht positiv zur EU und tritt vielfach für eine anhaltende Vertiefung ein.

6 Schlussfolgerungen

Die der Gründung der EWG wie der Währungsunion zugrunde liegende Erwartung einer Eigendynamik, die zwangsläufig immer weitere Bereiche einbeziehen und Unterschiede einebnen werde, hat sich bloß in Teilbereichen erfüllt. Zunehmend wurde bewusst, dass das Folge der Heterogenität der EU ist, die weit über die Unterschiede in Geografie und Wirtschaftsstruktur im engeren Sinn hinausreicht; die Mitgliedsstaaten unterscheiden sich durch ihre Wirtschaftsmodelle, unterschiedliche Formen des "welfare capitalism", unterschiedliche Wachstumstreiber, Sozialpartner-Beziehungen und Formen der Unternehmensführung. Die Umfragen weisen darauf hin, dass die Bevölkerung der einzelnen Länder unterschiedliche Werthierarchien und Problemsichten hat, und dass sich unterschiedliche Bevölkerungsschichten von Globalisierung und Integration unterschiedlich betroffen fühlen und z.T. auch sind. Es zeigt sich nicht nur ein ausgeprägtes Nordwest-Südost-Gefälle, sondern auch ein sozio-professionelles wie ein soziologisches Gefälle. Die fortlaufenden Querelen der Regierungen, bis zu bewussten Regelverstößen und Austrittsdrohungen, dürften demzufolge weniger deren Machtpolitik und Profilierungssucht zur Ursache haben als unterschiedliche Werthaltungen, Probleme und Prioritäten der Bevölkerung.

Die regionale wie die soziologische Heterogenität deutet darauf hin, dass die EU-Integration immer noch ein Elitenprogramm ist, dem es bisher nicht gelungen ist, die Mehrheit der Länder wie deren Bevölkerung zu überzeugen und mitzunehmen. Vor allem die unteren, zum Teil vom Abstieg bedrohten, weniger formal gebildeten Schichten, insbesondere in weniger wohlhabenden und weniger Export-orientierten Ländern, distanzieren sich gemäß den Umfragen von der EU und ihren Zielen; sie geben damit populistischen, vor allem rechtsradikalen Parteien und Politikern die Chance einer Schwächung der EU, vielfach auch der eigenen Regierung. Die Heterogenität blockiert auch die Wirtschaftspolitik¹⁸: Die EU hat bloß beschränkte Kompetenzen und kann selbst

¹⁷ Auf die für Reckwitz relevanten Klassen-spezifischen *kulturellen* Differenzen geht das Eurobarometer bestenfalls am Rand ein. Für eine traditionelle Werthaltung des alten Mittelstands spricht einerseits der hohe Wert von Sparsamkeit und die Aversion gegen Verschuldung („keine Finanzprobleme“), die die Korrelationsanalyse in Übersicht 6 zeigt; andererseits lässt sich auf eine Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehen und der Adoption von Kindern durch diese schließen: Gemäß EB66 (43ff) sind nur 44% der EU-weit Befragten für die Zulassung und 33% für die Adoption; da sich die Zustimmung in beiden Fällen auf die Länder im Norden und in der Mitte der EU, sowie auf die jüngeren Altersgruppen und die Studenten/Akademiker beschränkt, muss dahinter eine deutliche Ablehnung durch den Alten Mittelstand stehen.

¹⁸ Insofern waren die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit der EU selbst in Politikfeldern mit hohen Skalenerträgen (etwa Verteidigung, Klimaschutz) überzogen und die Enttäuschungen programmiert.

diese mangels Zustimmung (mehrheitlich oder gar einstimmig) nur beschränkt nutzen, nationale Politik kann jedoch in der Ära der Globalisierung und der weltweit agierenden Konzerne nur noch beschränkt funktionieren. Aus der zwangsläufig wirkungsschwachen Politik resultiert neben zunehmend protektionistischen Praktiken das generelle Politikmisstrauen, das die Umfragen erkennen lassen. Es richtet sich in den Problemstaaten vielfach noch stärker gegen die eigene Regierung als gegen die EU (Tichy 2020b). Die weitgehende Ineffizienz der nationalen Politik reicht weit über die traditionellen Gebiete der Geld-, Konjunktur- und Wettbewerbspolitik auf die relativ neuen Gebiete der Klima- und Flüchtlingspolitik, sowie – jüngsten Erfahrungen zufolge – bis zu Teilen der Gesundheitspolitik.

Der zunehmende Widerstand gegen supranationale Lösungen resultiert einerseits aus den in dieser Arbeit herausgearbeiteten unterschiedlichen Werthaltungen und Zielsetzungen der jeweiligen nationalen Bevölkerung, andererseits aber aus den Bemühungen der „Eliten“ und der Kommission um eine Vertiefung der Integration auf der Basis des (deutschen) Export-getriebenen Modells (Haller 2009). Dazu kommt, dass die Verunsicherung¹⁹, die die rasche Globalisierung, die Aufeinanderfolge von Flüchtlings-, Finanz- und Schuldenkrise, sowie Horrorszenarien betreffend die Arbeitsplatz-vernichtende Wirkung der Digitalisierung ausgelöst haben²⁰, die Anpassungsbereitschaft der weniger wohlhabenden Bevölkerungsteile und der weniger wohlhabenden Länder erheblich überfordert haben. Die Corona-Pandemie hat das Potential, das geografische wie das soziologische Gefälle wie die Verunsicherung zumindest temporär weiter zu vergrößern.

Die zumeist vorgeschlagene Entschädigung der Verlierer könnte den aus der “integration among unequals” resultierenden Problemen kaum gerecht werden; sie gehen über den finanziellen Bereich weit hinaus. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle sind tief in Geschichte und Kultur der Länder verankert, sodass die Heterogenität wohl noch länger verbleiben wird. Um die mit ihr verbundenen Probleme zu lösen, bedürfte es einer breiter angelegten Strategie. So etwa könnte versucht werden Strategien zu entwickeln, die sich nicht ausschließlich auf das Export-getriebene Modell stützen und das Konsum-getriebene möglichst wenig diskriminieren; angesichts der anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse der Eurozone (um die 3½% des BIP) und des Gründungsgedankens der Binnenmarkt-Orientierung scheint das nicht unmöglich. Ein Element einer solchen Strategie könnte die Reduzierung der exzessiven Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands durch eine stärker binnenorientierte Wirtschaftspolitik sein. Ein weiteres eine Verlangsamung der Globalisierung und ihr ‘fine tuning’: In verschiedenen strategischen Bereichen könnte der Trend zu immer intensiverer Globalisierung zumindest temporär verlangsamt werden, um den negativ Betroffenen die Anpassung zu erleichtern (Rodrik 2011).

Ein weiterer Teil einer Strategie zur Überwindung der aus der Heterogenität stammenden Probleme könnten zumindest Elemente einer inter-EU-Verteilungspolitik sein; in Form eines EU-weiten Arbeitslosenrückversicherungssystems etwa wurden eine solche von den EU (European Commission 2017) bereits vorgeschlagen, fand bisher aber keine politische Akzeptanz. Maßnahmen wie die Corona-Finanzhilfen wirken zwar in Richtung einer Umverteilung, sind allerdings zeitlich beschränkt. Vielfach werden auch verschiedene Formen einer gemeinsamen Finanzierung durch Eurobonds vorgeschlagen, was allerdings nicht nur unter Ökonomen umstritten ist²¹, sondern auch auf massiven politischen Widerstand stößt.

¹⁹ Der World Uncertainty Index lag schon vor der Corona-Pandemie weit über den Werten vor der Finanzkrise (https://worlduncertaintyindex.com/wp-content/uploads/2020/04/WUI_Data.xlsx , 16.4.2020)

²⁰ Siehe etwa Brynjolfsson and McAfee (2012); Autor et al (2016); Colantone and Stanig (2016); Dal Bó et al (2018).

²¹ EurActiv (Aug.18, 2011), German economists say ‘Nein’ to ‘disaster’ eurobonds; EurActiv (19.08.2011): Bankers, economists see eurobonds as inevitable.

Angesichts der Widerstände der Bevölkerung könnte auch überlegt werden, die Freizügigkeit des Personenverkehrs zu modifizieren. Sie gehört zwar zu den Grundprinzipien der EU und soll die Kohärenz fördern, hat aber ungewollte Nebenwirkungen. Sie zählt gerade bei den EU-skeptischen Schichten der Zuwanderungs-Länder zum zentralen Feindbild, da diese von der Konkurrenz der Migranten, Pendler und im Rahmen der Entsende-Richtlinie Tätigen besonders betroffen sind. Auch in den Abwanderungsländern zeigen sich inzwischen negative Folgen in Form erheblicher Bevölkerungsverluste und eines brain drain (Ardittis 2008; World Bank 2019).

Schließlich zeigen die Umfragen, dass weiterhin und verstärkt versucht werden muss, auch die kritischen Länder und Bevölkerungsteile an die Ziele der EU heranzuführen, den Bürgern das Gefühl zu geben, dass die EU auch ihnen und nicht bloß den Großunternehmen nützt, und das in einem einfachen und klaren Narrativ verständlich zu machen (das Narrativ der EU als Friedensprojekt reicht schon lange nicht mehr aus). Ein solcher Ansatz kann nur langfristige Erfolge zeigen, die überdies nur dann eintreten werden, wenn es bis dahin einerseits gelingt, die Verunsicherung und Zukunftsangst der EU-skeptischen Gruppen abzubauen, und die Regierungen andererseits darauf verzichten, für ungelöste Probleme bzw. ihr eigenes Versagen die EU verantwortlich zu machen (scape goating).

Literatur

- Amable, B., 2003, *The diversity of modern capitalism*, Oxford: Oxford University Press.
- Autor, D. H. et al, 2016, The china shock: learning from labor market adjustment to large changes in trade, *Annual Review of Economics* 8, 205-240.
- Ardittis, S., 1992, The new brain drain from Eastern to Western Europe, *The International Spectator, Italian Journal of International Affairs* 27(1), 79-96
- Beck, U., 1983, Jenseits von Stand und Klasse? in R. Kreckel Hg, *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 35-74.
- Bradford, A., 2020, *The Brussels Effect: How the European Union rules the World*, Oxford: Oxford UP.
- Breuss, F, 2001, Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder, *wifo Monatsberichte* 11.
- Brynjolfsson, E. and McAfee, A., 2012, *Race against the machine: How the digital revolution is accelerating innovation, driving productivity, and irreversibly transforming employment and the economy*, Digital Frontier Press, Lexington, MA.
- Colantone, I. and P. Stanig, 2016, Global competition and Brexit, *BAFFI CAREFIN Centre Research Paper* 2016-44
- Dal Bó, E. et al, 2018, Economic losers and political winners: Sweden's Radical Right, <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=Dal+Bo+et+al+2018> 15.2.2020
- Esping-Andersen, G., 1990, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- European Commission, 2017, *A European unemployment benefit scheme*, written by M .Beblavý et al (CEPS), Brussels.
- Evans, M., 2004, Subjective social location: Data from 21 nations, *International Journal of Opinion Research* 16(1), 2-38.
- Goecke, H., 2013, Europa driftet auseinander: Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz?, *IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 05.
- Hall, P.A. and D. Soskice, 2001, *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford University Press, Oxford.
- Haller, M., 2009, *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Höpner, M. and A. Schäfer, 2012, Integration among unequals. How the heterogeneity of European varieties of capitalism shapes the social and democratic potential of the EU, *MPfG DP* 12/5.
- Inglehart, R., 1989, *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*, Campus Verlag, Frankfurt /New York.

- Johnston, A. and A. Regan, 2018, Introduction: Is the European Union capable of integrating diverse models of capitalism?, *New Political Economy* 23(2), 145-159.
- Klages, H. und T. Gensicke, 1984, Wertesynthese – funktional oder dysfunktional, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58(2), 332–51.
- Open Society Foundations, 2019, *States of change. Attitudes in East and Central Europe 30 Years after the Fall of the Berlin Wall*, Open Society Foundations.
- Pew Research Center, 2019, *European public opinion three decades after the fall of communism*, Pew.
- Pitlik, H., 2013, Measuring European added value: The problem of preference heterogeneity, in: Bertelsmann Stiftung (ed.), *The European added value of EU spending: Can the EU help its member states to save money?*, Brussels, 108-116.
- Reckwitz, A., 2019, Von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft zur Drei-Klassen-Gesellschaft: Neue Mittelklasse, alte Mittelklasse, Prekäre Klasse, in A. Reckwitz, *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: suhrkamp.
- Rodrik, D., 2011, *The Globalization Paradox: Democracy and the future of the World Economy*, New York and London: W.W. Norton. [javascript:void\(0\)](#)
- Tichy, Gunther, 2020a, Das Vertrauensdefizit in der EU-Peripherie, ÖGfE Policy Brief 09'2020.
- Tichy, Gunther, 2020b, Europa in der Vertrauenskrise? *Wirtschaftsdienst* 100(8), 622-27.
- World Bank, 2019, *Europe and Central Asia Economic Update, Fall 2019: Migration and Brain Drain*, Washington, DC: World Bank